

BIBS-Fraktion
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
0531/ 470-2180
Fax 0531/ 470-2182
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 07. Juni 2022

Einschüchterung und Bedrohung bei BürgerInnensprechstunde

Am Mittwoch den 25.05.2022, veranstaltete die Partei „Die Rechte“ eine Kundgebung auf dem Platz der Deutschen Einheit unter dem Motto „Sozialdemokratie zerschlagen: SPD-Verbot jetzt!“. Die TeilnehmerInnen der rechten Kundgebung standen dabei direkt vor dem Eingang des Rathauses und ließen dort ihre antidemokratischen Parolen verlauten.

Zur gleichen Zeit hatte Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum zu seiner ersten BürgerInnensprechstunde im Rathaus eingeladen. Das Vorgehen der Rechten ist daher als eindeutiger Einschüchterungsversuch gegen die BesucherInnen der Sprechstunde, sowie VerwaltungsmitarbeiterInnen und MandatsträgerInnen zu werten.

Das Bündnis gegen Rechts nahm die rechte Kundgebung zum Anlass, um zu einer Gegendemonstration aufzurufen. So versammelten sich knapp 110 friedliche GegendemonstrantInnen auf dem Domplatz, die von den anwesenden Einsatzkräften bewacht und mit Absperrungen umzäunt wurden.

Währenddessen war auf Höhe der rechten Kundgebung leider keine Präsenz der Polizeikräfte zu verzeichnen. Der Umstand, dass die Polizei sich nur auf die Gegendemonstration konzentrierte und die Rechten unbehelligt ihre Einschüchterungsversuche ausführen konnten, sendete ein abschreckendes Signal an die TeilnehmerInnen der BürgerInnensprechstunde.

Die BIBS-Fraktion sieht in der offenen BürgerInnensprechstunde ein wichtiges Instrument, um den BürgerInnen der Stadt Braunschweig die direkte Teilhabe zu ermöglichen. Auch bieten die Sprechstunden die Chance, Fragen und Anregungen an den Oberbürgermeister und die Politik auf einfachem Wege zu platzieren. Daher gilt dieses partizipative Format als unbedingt schützenswert.

Wir fordern, dass rechte Angriffe auf demokratische Institutionen wie die BürgerInnensprechstunde scharf verurteilt werden und eine Wiederholung solcher Vorfälle verhindert wird. Dazu sollten künftig anstatt der Zivilgesellschaft die Rechten mit Sperrgittern begrenzt werden. Zudem müssen die Auflagen für Kundgebungen vor dem Rathaus schärfer werden, sodass Provokationen und Hass-Botschaften in Ton und Schrift sanktioniert werden können. Nur so erreichen wir, dass BürgerInnen künftig ohne Angst offene Sprechstunden besuchen und unsere Stadtgesellschaft weiterhin von Bürgernähe und Austausch profitiert!

- Dr. Bernhard Piest für die Fraktion der BIBS